

Inhalt:

1. Aktion Volksabstimmung fordert bundesweites Abstimmungsrecht
2. Thema Volksabstimmung bald wieder im Bundestag
3. Arbeitskreis Soziale Plastik am 1./2. Juli mit Maria Mies
4. Berlin: Bündnis wirbt für faire Volksentscheide
5. Bremen: Volksbegehren "Mehr Demokratie beim Wählen"
6. Hamburg: hohe Abstimmungshürden teilweise verfassungswidrig
7. Publikation: Direkte Demokratie

1. Aktion Volksabstimmung fordert bundesweites Abstimmungsrecht

In diesen Tagen hat der Omnibus für Direkte Demokratie die "Aktion Volksabstimmung!" gestartet. Mit Aktionskarten werden die Bundestagsabgeordneten aufgefordert, Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide ins Grundgesetz aufzunehmen. Die Absender der Karten kündigen an, bei der nächsten Bundestagswahl ihre Stimme für die Volksabstimmung einzusetzen. Die Antworten der Abgeordneten werden gesammelt und veröffentlicht. Die Aktionskarten können auch gut im Bekanntenkreis verteilt werden und werden dafür kostenlos zugesandt. Sie können sie anfordern unter: www.aktion-volksabstimmung.de/132.html

2. Thema Volksabstimmung bald wieder im Bundestag

Im Bundestag bahnt sich eine erneute Debatte über die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen an. Die Fraktionen von FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben jeweils einen Gesetzentwurf zur Verankerung der Volksabstimmung im Grundgesetz vorgelegt. Beide sollen am 11. Mai in erster Lesung im Parlament beraten werden. Auch die Linkspartei arbeitet an einem Regelungsentwurf.

3. Arbeitskreis Soziale Plastik am 1./2. Juli mit Maria Mies

Der OMNIBUS-Arbeitskreis findet vierteljährlich statt und ist ein Ort der Begegnung und der Begriffsarbeit in Wiesbaden auf Schloß Freudenberg, wo der blaue OMNIBUS ruht. Das nächste Treffen am 1./2. Juli wird von Frau Maria Mies mit dem Vortrag "Globalisierung von unten - Die Subsistenzperspektive" eröffnet. Frau Mies ist seit vielen Jahren in den sozialen Bewegungen aktiv und Autorin zahlreicher Bücher, z.B. "Eine Kuh für Hillary; Die Subsistenzperspektive", Lizenz zum Plündern" und "Krieg ohne Grenzen".

Weitere Informationen und Anmeldung bei Regine Radke, Tel. 03643 - 494146

4. Berlin: Bündnis wirbt für faire Volksentscheide

Für faire Volksbegehren und Volksentscheide in Berlin tritt das "Bündnis für Direkte Demokratie" ein, dem neben Mehr Demokratie und dem OMNIBUS ein gutes Dutzend weitere Vereine und Initiativen angehören - von Attac bis zum Bund der Steuerzahler. Der Erfolg ist zum Greifen nah: Alle im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien haben sich auf Erleichterungen bei der Volksgesetzgebung geeinigt. Im Mai soll das Parlament die Reform beschließen, im September können dann die Bürger in einem Referendum darüber abstimmen. www.du-entscheidest-mit.de

5. Bremen: Volksbegehren "Mehr Demokratie beim Wählen"

Mehr Demokratie in Bremen hat Ende Februar ein Volksbegehren für ein demokratischeres Wahlrecht

in der Hansestadt gestartet. In Zukunft sollen die Wählerinnen und Wähler die von ihnen favorisierten Kandidaten gezielt auswählen können. 5000 Unterschriften müssen bis Mitte Mai vorliegen, damit das Volksbegehren beantragt werden kann. Für die Zeit bis 13. Mai sucht der Mehr Demokratie-Landesverband noch Aktionsurlauber, die drei bis vier Tage lang bei der Sammlung helfen. Infos und Kontakt: Tim Weber, 0421-7946370

www.neues-wahlrecht.de

6. Hamburg: hohe Abstimmungshürden teilweise verfassungswidrig

In den Auseinandersetzungen um die Hamburger Abstimmungsrechte hat der CDU-Senat eine Niederlage hinnehmen müssen. Dieser hatte im letzten Jahr nach einigen erfolgreichen Volksbegehren das Volksentscheid-Gesetz mit hohen Hürden versehen. Am 31. März 2006 erklärte das Hamburger Verfassungsgericht diese Änderungen für teilweise verfassungswidrig. So sei ein Verbot der Zusammenlegung von Volksentscheiden mit Wahlen nicht mit der Verfassung vereinbar.

www.rettet-den-volksentscheid.de

7. Publikation: Direkte Demokratie

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat im März eine 40-seitiges Heft zur direkten Demokratie veröffentlicht. Darin wird unter anderem die Frage gestellt, ob Volks- und Bürgerentscheide einen Beitrag zur Beseitigung des Reformstaus leisten können.

www.bpb.de/publikationen/PW4AC4,0,Direkte_Demokratie.html

Der OMNIBUS-Newsletter erscheint monatlich. Falls Sie ihn nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie dies bitte einfach per email mit. Auch Rückfragen, Anregungen und Informationen bitte an: Kurt Wilhelmi, kurt.wilhelmi@omnibus.org